

Als ältester Parlamentarier der Deutschen und der Preussischen Zentrumspartei wünsche, bitte und erwerbe ich, daß auch der bevorstehende Reichsparteitag von neuem die alte Einigkeit und Geschlossenheit lücken und festigen wird.

Dr. Dr. Felix Porck.

Schreiber unter Mitwirkung verschiedener Fraktionsmitglieder im Volksvereins-Bericht in R. Glöckner erschienen ist und als ein zuverlässiges Belehrungs- und Aufklärungswerk ungeschätzliches Lob verdient. Versteht also Zweifel und Mißtrauen durch Belehrung und Aufklärung!

5. Gegenseitiges Vertrauen muß selbstverständlich auch den Ritt innerhalb einer Fraktion bilden, vorab einer Fraktion, die christliche Grundzüge zu verwirklichen ucht. Freilich besteht auch die Fraktion aus lebendigen Menschen, bei denen Ehrgeiz, Neidhaberei und sogenannte „politische Berissenheit“ durch eine Teufelsbeschwörung nicht ausgetrieben werden können. Die Tätigkeit und der Erfolg einer Fraktion basiert auf ihrer inneren Geschlossenheit und dem durch bedingten gegenseitigen Vertrauen. Die Fraktion endet in die Ausschüsse — die eigentlichen Arbeitsstätten des Parlaments — sowie zu politischen und diplomatischen Missionen ihre geeigneten Vertreter, ausgerüstet mit der nötigen Sachkenntnis und dem Vertrauensvotum der Fraktion. Die Stellungnahme solcher Vertreter wird von der Fraktion gedeckt auf Grund unbedingten Vertrauens; dabei braucht es sachlicher, wenn notwendig sogar scharfer Kritik nicht zu scheitern zu werden. Solches kann aber nur geschehen im Rahmen gegenseitigen Vertrauens, mit dem obersten und letzten Ziele zum Wohle des Gesamtvolkes und zur Erhaltung und Förderung der Partei.

Wenn innerhalb der Wählermassen, innerhalb der Fraktion, zwischen Partei und Fraktion oder zwischen Fraktion und Presse das gegenseitige Vertrauen fehlt, dann steht ein Zentrumsturm ohne Mittel da, der kommenden Stürmen nicht mehr zu trotzen vermag. Ein Zentrumsturmverbot zu erhalten und auszubauen dünkt mir im Interesse unseres Gesamtvolkes wie insbesondere des katholischen Volkstums als eine der ersten Staatsnotwendigkeiten für unsere Zentrumswähler. Ruine und Wahrscheinlichkeit des Zerfalls, der toten Vergangenheit oder hülswürdiger Zerfall, Vertrauen erbaute und festigt, Fraktionen steht nieder und zerfällt.

Wer nicht weiter baut, zerstört, Was auch mühsam heut gehöret: Zentrumsturmverbot und Kraft. — Morgen wird der Sturm auch rauben. Wenn das Rollen und das Glauben In den Seelen auch erschläft.

Die politische Linie Dr. Wirths

(Fortsetzung von Seite 1.)

Die Wähler im Lande waren aber auch überzeugt, daß die Partei sich, wenn auch nur unter vier Augen abgesprochen haben, das hinter den Ohren, die das Zentrum bringt, der klare politische Wille steht, die von der Reichsregierung begonnene Außenpolitik zu einem Abschluß zu bringen, und dafür vor dem ganzen Volke die Verantwortung zu übernehmen.

Was man im Zentrum verlangen konnte, und was ich insbesondere verlangte, ist die Übernahme der Verantwortung durch die politischen Gruppen, die hinter der Regierung stehen. Sonst hat ja der ganze Parlamentarismus und die Idee der Selbstverantwortung, die politisch handelnd auftritt, keinen Sinn. Gerade das Zentrum ist berufen, dem parlamentarisch-demokratischen System den Sinn zu geben, den es haben muß, wenn man das zerbrochene deutsche Volk wieder aufrichten will. Sonst ist ja alles Gerade von Selbstverantwortung nicht nur falsch, sondern sinnlos. Und darin sehe ich den Kernpunkt, den meine Freunde und ich gegen die Sommerpolitik erheben, daß wir in der Gesamtlinie des Sommers keinen politischen Sinn erkennen können. Die Regierung, die im Sommer handelnd auftrat, war eine ausgesprochene Rechtsregierung.

Ich komme in der Rechtsregierung hinein, von dem man, insbesondere nach den neuesten Vorgängen in Bayern nicht sagen kann, er stehe rechts. Den entschiedenen Demokraten und Republikanern war der Charakter der Regierung Schiele-Luther-Stresemann völlig klar. Es ist uns auch immer aufgefallen, wie ernst gewisse Kreise geworden sind, wenn man an der Homogenität auch nur den kleinsten Zweifel hegte. Da sprach man von Miß- und Krisenmachern.

Daß in unseren Kreisen eine gewisse Verbitterung aufkam, braucht heute nicht mehr weiter erklärt zu werden. Unsere Verbitterung war nicht nur berechtigt, sondern der schärfste Protest von unserer Seite ist durch den Gang der Dinge mehr als gerechtfertigt.

Wie sah denn unsere heutige Reichsregierung, von Amerika her gesehen, aus? Ich halte mit vielen hervorragenden Amerikanern aufrichtig über Europa und die deutsche Lage gesprochen, und die heutige Reichsregierung war mehr als einmal Gegenstand lebhafter Erwägungen. Die letzte Reichspräsidentenwahl spielte selbstverständlich in diese Betrachtungen hinein. Im Gegensatz zu deutschen Nationalen Methoden haben wir in Amerika von den politischen Autoritäten, die die Verfassung vorzeichnet, mit der gebührenden Hochachtung gesprochen. Niemals ist ein Wort von unserer Seite gefallen, das auch nur der Mißdeutung hätte ausgesetzt werden können. Wie wir dem Reichspräsidenten mit der Hochachtung, die der große Soldat verdient, begegnen sind, so auch der politischen Linie, die die deutsche Reichsregierung gegangen ist. Die Amerikaner, die ich sprach, und die aufmerksam Deutschland in seiner außenpolitischen Linie seit Jahren verfolgt haben, sehen in der Regierung des Sommers die konservative Regierung, an deren Spitze, wie sie meinen, der Reichspräsident steht. Wenn es auch manchen Worten bedurf hat, um Mißverständnisse über die politischen Faktoren und ihre Bedeutung nach der Weimarer Verfassung aufzuklären, so war doch für die Amerikaner der konservative Charakter ein ganz offenkundiger.

Und unter konservativ versteht man eben in Amerika die Vertreter des Besitzes. Der Besitz sowohl nach der landwirtschaftlichen wie nach der industriellen Seite hatte im Kabinett seine Vertreter, und ich habe nicht gehört bis jetzt, daß die Fachmänner gewissen Interessen wenigstens nach unserer Meinung nicht genügend entgegengekommen wären. Daß natürlich gewisse Rechtskreise gleich gern alles verschlungen hätten, ist nicht verdammerlich bei der Begehrlichkeit privilegierter Schichten aus früheren Zeiten. Nicht nur in Amerika, sondern in der ganzen angelsächsischen Welt hat man mit steigender Bewunderung und mit äußerster Befriedigung konstatiert, daß die konservative deutsche Regierung den Weg nach Locarno angetreten hat. Sinn und Ziel des Locarno-Weges war unter englischer Aufsicht der dauernde Friede mit Frankreich. So erzielten es wenigstens alle Amerikaner, die mit gutem Willen ausgehatter, Europa den Blick wieder zugewandt haben.

Aus früheren Zeiten erinnere ich mich noch sehr lebhaft, daß gewisse längst heimgegangene Führer der Industrie immer wieder betont haben, nur das konservative Deutschland könne den großen Frieden machen. Hier war nun der historische Augenblick gekommen. Entsprechend den Vorkriegszeiten waren ebenfalls privilegierte Schichten in ihren Vertretern wieder zur Ver-

Locarno und die Schuldenverhandlungen

Was Frankreich von Amerika erhofft

Paris, 14. November. In der Nachmittags-Sitzung des Finanzkommissiones der Kammer wurde das Finanzanleiherungsprogramm weiter beraten. Artikel 6, der sich mit der Schuldenerkennung der Aktiengesellschaft als Garantie für die 15prozentige Besteuerung ihres Betriebskapitals befaßt, wurde angenommen. Alsdann ging der Ausschuss zur Prüfung des Artikels 7 über. Die Beratungen werden morgen fortgesetzt. — In den Wandelgängen der Kammer erklärte der Vorsitzende des Finanzkommissiones, daß man jetzt auf gutem Wege sei. Voraussichtlich werden morgen abend die Beratungen des Gesetzentwurfes beendet sein, so daß am Dienstagmorgen die Kammer die Diskussion beginnen könne. Tatsächlich beschloß heute die Kammer in ihrer Sitzung, die Diskussion des Finanzanleiherungsgesetzes auf die Tagesordnung von Dienstagmorgen zu setzen.

Die Modalitäten des italienisch-amerikanischen Schuldenabkommens bilden noch immer den Gegenstand der französischen Pressekommentare. Uebereinstimmend wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß der Vertrag von Locarno Amerika zum Einlenken bewegen habe. Es sei ein Zufall, daß Italien als erster Staat die außenpolitischen Wirkungen des abgeschlossenen Sicherheitspaktes zugute gekommen seien. Amerika hätte beabsichtigen müssen, daß sich die europäischen Schuldnerstaaten im Falle seiner Unnachgiebigkeit zu einer einheitlichen Front zusammengeschlossen hätten, wodurch dem amerikanischen Schatz-

antwortung gezogen. Nicht darauf kommt es an, in der Außenpolitik, wie sie innerlich denken, sondern wie sie dem Auslande erscheinen. Die Wirkung auf das Ausland war das Entscheidende. Und die Wirkung, das konnten wir vielfach konstatieren, war die, daß nun das konservative Deutschland, das Deutschland des Besitzes, nach jahrelangen Irregungen und falschen nationalitätlichen Irrgängen den Weg des Friedens geht. Für den angelsächsischen Geschäftsmann wie Politiker ist es nun völlig selbstverständlich, daß hinter der Regierung verantwortlich die stehen, die die Regierung berufen haben, und daß, wenn man den Weg zu einem politischen Ziele antritt, man mindestens vor dem Ziele umkehrt, daß man aber dabei bleibt, wenn das politische Ziel durch Abschluß des Vertrages erreicht ist. Es ist doch wirklich möglich, wenn man annehmen möchte oder wenn gar ein Amerikaner annehmen möchte, daß es in Deutschland noch konservative Kräfte gibt, die weder den Weg noch das Ziel sehen. Verwunderlich wäre es nicht, das ist unsere Meinung, wenn es noch solche gäbe. Es gab auch im Kriege Eroberungspolitikern genug, und sie spielen heute noch eine führende Rolle bei den Deutschnationalen. Und als der Krieg schon endgültig verloren war, hat man sich immer noch mit Eroberungsplänen beschäftigt. Wer mit blinden Augen geboren wird, hat wenig Aussicht, daß er später sehen wird. Aber trotzdem die Regierung aus breiter Rechtschaffenheit war, durfte man doch wohl annehmen, daß jedem konservativen politischen Fachmann wenigstens die Locarno-Linie, für die die Republikaner nicht verantwortlich sind, mindestens in ihrer Troasweite erkennbar sein mußte. Wir gehen deshalb durchaus mit Amerika einig, daß die Republikaner, die praktisch der Locarno-Politik fern standen, die Locarno-Politik eigentlich als die Politik des ganzen deutschen Volkes ansehen können. Im so verwirrenden und abstrakten und für die angelsächsischen Welt gänzlich unverständlich war deshalb das Verhalten der Deutschnationalen, die nach Locarno plötzlich, — in dem sie, wie sie sagten, sehend wurden, —

Wenn der Parteitag in Kassel die krisenhafteste Stimmung überwinden und eine feste Grundlage für die Zentrumspolitik schaffen soll, so ist die erste Voraussetzung, daß die entsandten Delegierten sich darüber klar werden, ob sie überhaupt die Haltung der Zentrumspartei in ihrem jetzigen Charakter und programmatischen Zielen für richtig und notwendig erachten. Wer dies bejaht, muß auch die Disziplin und den Willen aufbringen, an der Einigkeit und Geschlossenheit der Partei selbstlos mitzuarbeiten.

Ich bin überzeugt, daß die Ueberlegung, was die Zentrumspartei in der Vergangenheit war und in der Zukunft sein kann, den starken Willen zur Einigkeit erzeugen wird. Gesellt sich dazu ein starker und gerechter Führerwille, wird Kassel eine neue Epoche in der Geschichte der Zentrumspartei auslösen.

Giesberts.

von dieser Politik zurückzuziehen. Das ist der schwerste Schlag, der überhaupt der Welt angetan werden konnte. Vielleicht sind sich die Deutschnationalen noch nicht so ganz klar über ihren Eintritt von Locarno. War der Eintritt notwendig, so war lange vorher schon die Möglichkeit gegeben, unter Angabe einer neuen politischen Linie neue Wege zu suchen. Da sind die Republikaner Deutschlands doch klarere Politiker, die zu dem, was sie wollen, auch stehen, auch wenn die Gefahr besteht, daß sie in weiten Kreisen des deutschen Volkes mißverstanden werden.

Alles in allem, es ist eine Ironie der Geschichte, daß das Werk von Locarno, für das die Deutschnationalen in erster Linie verantwortlich sind, von den Republikanern verteidigt wird. Ich betone noch einmal und mit besonderer Absicht, daß wir nicht die Führer nach Locarno waren. Die Rechtsregierung hat den Weg freiwillig gewählt, und sie ist ihn gegangen, nicht nur nach freiem Ermessen, sondern auch, wie wir offen sagen können, getrieben von der ungeheuren Not, die das deutsche Volk erneut wirtschaftlich und politisch in Bedrängnis bringt. Die Wirtschaft kämpft erneut einen Todeskampf, und manche sehen mit banger Sorge der Entwicklung des Winters entgegen und sind sich klar darüber, daß nur unter Anspannung und Ausnutzung aller vertrauensvollen Beziehungen nach dem Ausland die schwere Zeit überstanden werden kann. jetzige Weg historisches Faktum geworden ist, — zu gehen Wer also jetzt einen neuen politischen Weg, — nachdem der

amt die Möglichkeit zu weiteren Sonderverhandlungen genommen worden wäre. Alles lasse darauf schließen, daß Frankreich bestrebt sei, die Verhandlungen mit Amerika nach dem erfolgreichen Ausgang der italienisch-amerikanischen Besprechungen mit verstärktem Eifer wieder aufzunehmen. Nach einer Meinung des „Petit Journal“ soll ein französisch-amerikanischer Meinungsaustausch über die Wiederaufnahme der Verhandlungen bereits seit einiger Zeit im Gange sein.

Die Delegationen für den 1. Dezember

Der Völkerbundrat am 7. Dezember.

London, 14. November. Nach einer Meldung des „Daily Chronicle“ ist ein zweites offizielles Bankett für den 2. Dezember zu Ehren der Unterzeichner des Locarnoabkommens geplant, bei dem Baldwin, unterstützt von allen Mitgliedern seines Kabinetts, der Gastgeber sein wird. Nach dem Essen ist ein Empfang für das gesamte diplomatische Korps geplant.

London, 14. November. Laut „Daily Mail“ wird Irland den augenblicklichen Vorkehrungen zufolge am 29. November in London zur Unterzeichnung des Vertrages von Locarno eintreffen. Mit ihm kommen Berthelot, Promagnot und verschiedene andere Mitglieder der französischen Delegation, die in Locarno waren. Von belgischer Seite treffen ein außer Van der Velde Roelin, Baron von Zuylen sowie de Ruelle.

Genf, 14. November. Die 37. Session des Völkerbundrates wird in Genf am Montag, den 7. Dezember, ihren Anfang nehmen.

wünscht, treibt keine Politik, sondern versucht unter Ausnutzung einer neuen Katastrophe für Deutschland, wenn überhaupt im vollen, so nur reaktionäre Zwecke zu erreichen.

Ich habe es aufrichtig bedauert, daß meine politischen Freunde nicht rechtzeitig dieser Entwicklung entgegengetreten sind und daß sie nicht auf eine Klärung der politischen Lage gedrängt haben, ehe diese Schädigung deutschen Vertrauens noch außen eintreten konnte.

In die Aufgaben der Stützung der politischen Linie Deutschlands treten nun die entschiedenen Republikaner ein. Damit erweisen sich die Republik und ihre aufrichtigen Diener als jene Kräfte, auf die das Ausland allein bauen kann. Meine politischen Freunde haben es nun in der Hand, zu einer großen politischen Aufgabe vorzutreten oder erneut politische Experimente wie im Frühjahr und Sommer zu machen.

Eine berechtigte Anfrage

Der „Vorwärts“ gibt in dem Streit um die Stellungnahme der drei (jetzt ausgeschiedenen) deutschnationalen Minister zum Locarno-Vertrage folgende Darstellung:

„In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 22. Oktober antwortete der Reichskanzler Dr. Luther, wie schon bekannt, auf die Frage Breitfelds, ob das ganze Kabinett hinter Stresemann stehe, mit dem Zwischenschrei: „Der Herr Außenminister hat auf Grund eines einstimmigen Kabinettsbeschlusses berichtet.“ Sozialdemokratischen Ausschussmitgliedern fiel es auf, daß diese Erklärung des Reichskanzlers die Auslegung zuließe, das Kabinett habe zwar einstimmig beschlossen, Stresemann in Ausschüsse berichten zu lassen, habe sich aber nicht einstimmig mit seinen Auffassungen solidarisiert. (Tatsächlich ist der Verlust einer solchen Auslegung auch von der deutschnationalen Presse später gemacht worden.) Um vollständige Klarheit zu schaffen, gab sich daher noch während der Sitzung ein sozialdemokratisches Mitglied des Ausschusses zum Reichskanzler und fragte ihn, ob der Kabinettsbeschluss nur eine formale Ermächtigung zum Sprechen im Ausschuss für Stresemann oder aber eine materielle Billigung der in Locarno erzielten Ergebnisse bedeute. Darauf antwortete der Reichskanzler wörtlich: „Das Kabinett hat die in Locarno erzielten Ergebnisse einstimmig gebilligt.“ Auf die weitere Frage, ob der Reichskanzler gestatte, daß von der Seite seiner Antwort öffentlich Gebrauch gemacht werde, lautet die Antwort bejahend. Während all dieser Vorgänge war der — damals noch aktive — Minister Schiele im Saale anwesend. Dieser Tatbestand läßt doch nur zwei Erklärungen zu: entweder der Reichskanzler hat dem sozialdemokratischen Fragesteller bewußt die Unwahrheit gesagt — was wir keineswegs annehmen — oder aber er war der Ueberzeugung, daß die deutschnationalen Minister den Ergebnissen von Locarno zustimmen hätten. Zu dieser Ueberzeugung kann der Reichskanzler aber doch nur durch das tatsächliche Verhalten der deutschnationalen Minister im Kabinett gekommen sein. Was ist also vorgegangen? Haben die Deutschnationalen im Kabinett ehrlich zugestimmt? Oder haben sie sich zweideutig und unehrlich verhalten, daß der Reichskanzler glauben konnte, sie stimmten zu, während sie in Wirklichkeit innerlich nicht zustimmten? Eine klare Antwort auf diese Frage scheint uns im Interesse der persönlichen Ehre der Herren Schiele, von Schlieben und Neuhaus unumgänglich notwendig zu sein.“

Auch uns scheint allerdings erwünscht, daß auf diese Frage endlich die klare Antwort gegeben wird, die bisher trotz der vielfachen Erörterungen über diese Sache nicht gegeben worden ist.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten für den 14. November abends bis 15. November abends: Mild, wechselnd bewölkt, zeitweise dunstig oder neblig, zum Abend des morgigen Tages zunehmende Neigung zu Niederschlägen, schwache bis mäßige Winde aus Südwest, später Südlicher Richtung.

Schneeschuhe, Schneeschuhe-Stöcke, -Bindungen, -Teller usw. in sportgerechter Ausführung T. ALBERT, BAUTZEN Lauengraben 10 Fernsprecher 7810